



# Der Vertrag von Lissabon

Für mehr Effektivität, Transparenz  
und Demokratie





Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Europafreunde,

es freut mich, dass Sie sich für die Europäische Union und ganz besonders den Vertrag von Lissabon interessieren.

Der Vertrag von Lissabon ist der fünfte Vertrag zur Reform der Verträge zur Europäischen Union und beendet eine tiefe Krise der Europäischen Union nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags. Er macht die Europäische Union demokratischer, transparenter und effizienter.

Die Europäische Union hat seit ihrer Gründung 1957 stetig an Kompetenzen dazu gewonnen; sie erlässt Gesetze, die ganz praktische und alltägliche Auswirkungen auf uns alle haben. Daher ist es wichtig, über die Funktionsweise der Europäischen Union zu informieren. Mit dem EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main möchte der Kreis Offenbach Europa für Sie greifbar und verständlich machen.

Auch in den nächsten Jahren werden die europäischen Integrationsbemühungen fortgesetzt werden, deshalb möchte ich Sie ermutigen, sich in das Projekt Europa einzubringen und uns Ihr Feedback zu Europa zu geben; nur so kann ein bürger-nahes Europa gelingen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'O. Quilling', written in a cursive style.

Oliver Quilling  
Landrat

## Einführung

*„[...] EINGEDENK der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und der Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des zukünftigen Europas zu schaffen, [...]“<sup>1</sup>*

Seit ihrer Gründung im Jahr 1957 war die Europäische Union einem stetigen Wandel unterworfen. In den letzten gut 60 Jahren änderten sich nicht nur die politischen Rahmenbedingungen und Herausforderungen in Europa und der Welt sondern durch die vielen Erweiterungsrunden auch die Anforderungen an die internen Strukturen und Entscheidungsprozesse. Dies hatte zur Folge, dass die Verträge im Laufe der Jahre immer wieder angepasst werden mussten. Die größte Herausforderung war dabei sicherlich die EU-Osterweiterung. In einer EU mit 27 Mitgliedsstaaten ist es wichtiger denn je, die Handlungsfähigkeit sicherzustellen, die Gemeinschaft noch demokratischer zu gestalten und für einen effizienten Entscheidungsprozess zu sorgen.



## Der Weg von Nizza nach Lissabon

Als die europäischen Staats- und Regierungschefs Ende 2000 den Vertrag von Nizza beschlossen, wussten sie gerade mit Blick auf die anstehende EU-Osterweiterung, dass eine baldige weitere Reform notwendig sein würde, wenn die Europäischen Union handlungsfähig bleiben sollte.

Zur Vorbereitung einer weiterer Vertragsverhandlungen verabschiedete der Europäische Rat in 2001 die Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union, welche die Einberufung eines Konvents, der die Verträge überarbeiten sollte, vorsah. Über die Ergebnisse des Konvents begann dann die Regierungskonferenz in 2003 zu beraten; knapp ein Jahr später wurde der EU-Verfassungsvertrag in Rom feierlich unterzeichnet. Jedoch wurde

---

<sup>1</sup> Aus der Präambel des Vertrags über die Europäische Union

das neue Vertragswerk im nationalen Ratifizierungsprozess bei Volksabstimmungen in den Niederlanden und Frankreich abgelehnt. Damit war das ehrgeizige Projekt, die EU fit für die Zukunft zu machen, vorerst gescheitert.



In 2004 waren zehn neuen Mitgliedsstaaten der EU beigetreten und in 2007 folgten zwei weitere. Der Reformdruck wuchs, so dass einige Zeit später ein neuer Anlauf unternommen wurde, um die Verträge zu reformieren. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen

neuen Vertrag im Dezember 2007. Der Vertrag von Lissabon übernahm die wesentlichen inhaltlichen Fortschritte des EU-Verfassungsvertrags baute aber auf der Struktur der bestehenden Verträge auf. Doch auch der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon verlief nicht reibungslos. In 2008 stimmten die Iren in einem Referendum gegen den Vertrag; in Tschechien und in Deutschland wurde Verfassungsklage gegen das Vertragswerk erhoben. Letztlich wies das tschechische Verfassungsgericht die Klage ab und auch das Bundesverfassungsgericht billigte grundsätzlich den Vertrag von Lissabon. Damit die Iren nochmals über den Vertrag abstimmen konnten, wurden einige Zusicherungen u. a. im Bereich Familienpolitik, Steuerpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik an Irland gemacht. Im Oktober 2009 stimmten die Iren für den Lissabonvertrag, so dass er am 1. Dezember 2009 in Kraft treten konnte.

## Neuerungen im Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon enthält vielfältige Neuerungen, die wir für Sie nach

- Verbesserung der Effektivität,
- Transparenz,
- Demokratie und
- Stärkung der lokalen Ebene

zugeordnet haben.

# Effektivität

Die EU erhält eine eigene Rechtspersönlichkeit und damit die Möglichkeit, internationale Abkommen abzuschließen und internationalen Organisationen beizutreten.

Der Vertrag begrenzt die Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament auf 751.<sup>2</sup> Kein Staat erhält mehr als 96 Sitze.



Präsident des Europäischen Rates: Herman van Rompuy

Entscheidungen im Ministerrat werden in wesentlich mehr Fällen mit qualifizierter Mehrheit entschieden.

Es wird das Amt eines Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen, der gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission<sup>3</sup> ist und den Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten innehat.

Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik vertritt die Position der EU auf internationaler Ebene.

Dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik wird ein Europäischer Auswärtiger Dienst unterstellt.

Es gibt einen Präsidenten des Europäischen Rates, der für 2 1/2 Jahre vom Europäischen Rat gewählt wird und maximal 5 Jahre im Amt bleiben kann. Er führt den Vorsitz auf den Tagungen des Europäischen Rates und bereitet die Sitzungen vor und sorgt so für mehr Kohärenz. Auch er vertritt die EU international.

<sup>2</sup> Derzeit sind es noch 736 Abgeordnete, da zum Zeitpunkt der Europawahlen 2009 noch der Vertrag von Nizza galt. Es sollte eine Übergangsregelung geben, dass bis zu den nächsten Europawahlen 2014 754 Abgeordnete im Parlament sitzen, aber derzeit ist diese Übergangsregelung noch nicht ratifiziert.

<sup>3</sup> Die EU-Kommission wird nicht verkleinert! Es bleibt bei einem Kommissar pro Mitgliedstaat.

## Transparenz

Der Rat tagt bei Beratungen und Abstimmungen über Gesetzesentwürfe öffentlich.

Der Vertrag von Lissabon grenzt die Befugnisse der EU klarer ab als vorher.

## Demokratie

Die Charta der Grundrechte wird zu einem rechtverbindlichen Dokument. Die Charta gilt für die Organe und Einrichtungen der Union unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Die Charta gilt auch für EU-Mitgliedstaaten, wenn diese das Unionsrecht umsetzen.

Ab 2014 wird bei Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat die doppelte Mehrheit eingeführt, d. h. die Stimmen müssen 55% der Mitgliedsstaaten und 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren.

Das EU-Parlament wählt mit absoluter Mehrheit den EU-Kommissionspräsidenten auf Vorschlag des Europäischen Rates; dabei sind die Ergebnisse der Europawahl zu berücksichtigen.

Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik benötigt als Vize-Präsident der EU-Kommission die Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Der Vertrag führt eine EU-Bürgerinitiative ein. 1 Million Bürger aus einer gewissen Anzahl aus Mitgliedstaaten können die EU-Kommission auffordern, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen.<sup>4</sup>

Das Mitentscheidungsverfahren wird ordentliches Gesetzgebungsverfahren und findet mehrheitlich Anwendung. Alleine durch den Vertrag von Lissabon kommen mehr als 40 Bereiche dazu, in denen das



Catherine Margaret Ashton  
Hohe Vertreterin der EU für  
Außen- und Sicherheitspolitik

<sup>4</sup> Die Bestimmungen über die Verfahren und Bedingungen der Bürgerinitiative werden derzeit noch ausgearbeitet. Es ist zu erwarten, dass sie Anfang 2011 in Kraft treten.

Europäische Parlament gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Rat ist, z.B. in den Bereichen Landwirtschaft, Energieversorgung, Zuwanderung oder Strukturfonds.

Das Europäische Parlament entscheidet gemeinsam mit dem Rat über den gesamten Haushalt (bisher war die Gemeinsame Agrarpolitik ausgenommen gewesen).

Alle Gesetzesvorschläge werden an die nationalen Parlamente übermittelt. Die nationalen Parlamente können sich dann in den europäischen Entscheidungsprozess einschalten und eine Stellungnahme zu diesen Vorschlägen verfassen, wenn sie glauben, dass die EU mit diesem Vorschlag gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt. Außerdem haben die nationalen Parlamente das Recht gegen EU-Rechtsakte, die ihrer Ansicht nach nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip konform sind, vor dem Europäischen Gerichtshof Klage einzureichen.

Der Austritt aus der Europäischen Union wird mit dem Vertrag von Lissabon möglich.

## **Stärkung der lokalen Ebene durch den Vertrag von Lissabon**

*„[...] ENTSCHLOSSEN, den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidung entsprechend des Subsidiaritätsprinzips möglichst bürgernah getroffen werden, weiterzuführen, [...]“<sup>5</sup>*

Die Garantie des kommunalen Selbstverwaltungsrechts hat in Deutschland Verfassungsrang. Auf europäischer Ebene gab es eine derartige Garantie bisher nicht. Der Vertrag von Lissabon erwähnt nun erstmals in Artikel 4 des Vertrages über die Europäische Union ausdrücklich die kommunale Ebene.

Der Vertrag von Lissabon stärkt auch das Subsidiaritätsprinzip. Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union stellt klar, dass die EU Aufgaben nicht einfach an sich ziehen kann. Vielmehr muss sie sich erklären, wenn sie auf

<sup>5</sup> Aus der Präambel des Vertrags über die Europäische Union.

einem Gebiet tätig werden will, für das Zuständigkeiten bisher auf eine andere politische Ebene lagen.

Der Ausschuss der Regionen, in dem die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der EU vertreten sind, wird gestärkt. Der Ausschuss kann nun beim Europäischen Gerichtshof Klage einreichen, wenn die EU gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt.

## **Mehr Informationen**

Mehr Informationen über den Vertrag von Lissabon erhalten Sie auf unserer Webseite. Das komplette Vertragswerk kann ebenfalls beim EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main bestellt werden.

## **EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main**

Das EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main ist Ihr EU-Informationszentrum vor Ort und Ihr kompetenter Ansprechpartner für Fragen rund um Europa.

EUROPE DIRECT ist ein Informationsnetzwerk über die Europäische Union mit rund 480 Stellen in ganz Europa. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Kommunen, Schulen, Institutionen, Verbände und Unternehmen aus dem Rhein-Main Gebiet können sich im Informationszentrum im Kreishaus in Dietzenbach über europäische Fragen kostenlos informieren und beraten lassen. Daneben bieten wir ein umfangreiches Veranstaltungsangebot.

Mit dem EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main möchten wir dazu beitragen, Europa transparenter zu machen, Europabewusstsein zu fördern, die Chancen eines geeinten Europas zu nutzen und zur Mitwirkung bei der Gestaltung Europas anzuregen.

Wir freuen uns über Ihr Interesse an Europa, Ihre Fragen und Ihr Feedback.

## Kontakt

EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main  
Sibylle Möller, LL.M. Eur. (Leiterin)  
Kreishaus  
Werner-Hilpert-Str. 1  
D-63128 Dietzenbach



Telefon: 06074-8180-3109  
Telefax: 06074-8180-3915  
E-Mail: [europe-direct@kreis-offenbach.de](mailto:europe-direct@kreis-offenbach.de)  
Internet: [www.kreis-offenbach.de/europa](http://www.kreis-offenbach.de/europa)

## Hinweis

Stand der Veröffentlichung ist November 2010.

Die Veröffentlichung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Mehr Informationen über den Vertrag von Lissabon erhalten Sie auf unserer Webseite, auf der Sie ebenfalls diese Broschüre als PDF-Dokument herunterladen können.

Die Europäische Gemeinschaft gewährt eine jährliche Finanzhilfe für den Betrieb des EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main. Urheber dieser Veröffentlichung ist das EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main und bindet nur den Urheber. Die Europäische Kommission haftet nicht für die weitere Nutzung des Inhaltes/der Informationen.

Quelle der Bilder: European Union 2010





